

Academia Iuris

Bürgerliches Recht

Eine nach Anspruchsgrundlagen geordnete Darstellung zur Examensvorbereitung

von

Prof. Dr. Dr. h.c. Dr. h.c. Dieter Medicus, Prof. Dr. Jens Petersen

23., neu bearbeitete Auflage

Bürgerliches Recht – Medicus / Petersen

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Gesamtdarstellungen zum BGB, allgemeine Fragen zum Zivilrecht – Zivilrecht

Verlag Franz Vahlen München 2011

Verlag Franz Vahlen im Internet:

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 3908 3

beck-shop.de

Medicus · Petersen | Bürgerliches Recht

Eine nach Anspruchsgrundlagen geordnete Darstellung
zur Examensvorbereitung

beck-shop.de

Bürgerliches Recht

Eine nach Anspruchsgrundlagen geordnete
Darstellung zur Examensvorbereitung

Von

Dr. Dres. h. c. Dieter Medicus

em. Professor an der Ludwigs-Maximilians-Universität München

und

Dr. Jens Petersen

Professor an der Universität Potsdam

23., neu bearbeitete Auflage

Verlag Franz Vahlen München 2011

beck-shop.de

Verlag Franz Vahlen im Internet:
vahlen.de

ISBN 978 3 8006 3908 3

© 2011 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz und Druck: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen (Adresse wie Verlag)
Umschlagkonzeption: Martina Busch, Grafikdesign, Fürstenfeldbruck

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 23. Auflage

In dieser Neuauflage hat Herr Kollege Jens Petersen außer den mühsamen Arbeiten an den Registern die §§ 1 bis 18 übernommen. Hierfür bedanke ich mich sehr herzlich. Äußerlich verändert worden sind vor allem die den Lesefluss störenden Zitate und ähnliche Einschübe; sie sind größtenteils in Fußnoten verwiesen worden. Wir danken Hannes Arndt, Roy F. Bär, David Hötzel, Julia Rost und vor allem Lars Rühlicke für ihre Hilfe.

Zum Zweck und zur Benutzung dieses Buches sei wiederholt: Kein Leser soll alle dort genannten Einzelheiten lernen; das ist weder möglich noch sinnvoll. Gelernt und geprüft werden soll vielmehr das Verständnis. Dieses setzt freilich einiges Wissen voraus. Aber hieraus kann man durch die Verbindung mit dem Gesetz Weiteres herleiten: zwar nicht unbedingt die sog. herrschende Meinung, aber doch die Probleme und die Möglichkeiten und Argumente zu ihrer Lösung.

Solche Herleitungen will dieses Buch lehren, indem es an klassischen oder aktuellen Problemen das richtige Vorgehen zeigt. Gemessen an diesem Ziel dürfte die zum Durcharbeiten dieses Buches nötige Zeit nicht unangemessen lang sein.

Tutzing, August 2011

Dieter Medicus

beck-shop.de

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1968)

Dieses Buch setzt ein bestimmtes Grundlagenwissen im bürgerlichen Recht voraus. Adressat ist also der Vorgerückte: Ihm soll die Möglichkeit gegeben werden, im Examen besonders häufig vorkommende Einzelfragen auf knappem Raum beieinander zu finden. Dazu war naturgemäß eine Auswahl nötig, die durch meine eigenen Vorstellungen und Erfahrungen beeinflusst worden ist. Konzentriert habe ich mich vor allem auf die Fragen, deren Lösung dem Gesetzeswortlaut nicht ohne weiteres entnommen werden kann. Gerade deshalb aber bildet das Gesetz die unentbehrliche Basis für das Verständnis des Buches: Das sorgfältige Nachschlagen der angeführten Vorschriften kann dem Leser nicht warm genug ans Herz gelegt werden.

Meine Ziele sind Wiederholung und Vertiefung. Der Vertiefung insbesondere soll es dienen, dass der Stoff ohne Rücksicht auf die Einteilung des BGB und mit Übergriffen in das Handelsrecht dargeboten wird. Dadurch ergeben sich Parallelen und Vergleichsmöglichkeiten zwischen Institutionen, die im Gesetz und deshalb oft auch in den systematischen Vorlesungen und Lehrbüchern weit voneinander entfernt stehen.

Zur Veranschaulichung sollen die zahlreichen eingestreuten Fälle dienen, die ich möglichst der neueren Rechtsprechung entnommen habe. Aber diese Fälle sind immer nur als Beispiele zu verstehen: Mir scheint die Gefahr allzu groß, dass die oft nur dunkle Erinnerung an den irgendwo schon einmal gehörten oder gelesenen Fall den Blick auf das Gesetz verstellt. Die nicht seltene Erscheinung, dass sich die in den Klausuren erzielten Noten mit fortschreitendem Studium verschlechtern, dürfte hiermit zusammenhängen. Daher habe ich mich bemüht, auch die systematischen Zusammenhänge hervortreten zu lassen.

Bei den Zitaten aus der Rechtsprechung habe ich die Sachverhalte, die den besprochenen Entscheidungen zugrunde liegen, vielfach vereinfacht und bisweilen auch geändert. Das war nötig, um die Sachfragen klarer hervortreten zu lassen.

Dieter Medicus

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 23. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1968)	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungen und abgekürzt zitierte Literatur	XXVII
Einleitung. Aufbaufragen	1
§ 1 Der Anspruchsaufbau	1
§ 2 Grenzen des Anspruchsaufbaus	8
1. Abschnitt. Ansprüche aus Vertrag	13
§ 3 Verpflichtende und verfügende Verträge	13
1. Kapitel. Das Zustandekommen von Schuldverträgen	21
§ 4 Der Vertragsschluss	21
§ 5 Die Stellvertretung	33
§ 6 Willensmängel	52
§ 7 Die Geschäftsgrundlage	67
§ 8 Fragen des Minderjährigenrechts	75
§ 9 Formfragen	80
§ 10 Vertragsansprüche ohne Vertrag	86
2. Kapitel. Die Wirkung von Schuldverträgen	95
§ 11 Übersicht über die Pflichten aus Schuldverträgen	95
§ 12 Das Synallagma (Gegenseitiger Vertrag)	102
§ 13 Allgemeines Leistungsstörungenrecht	115
§ 14 Einzelne Vertragstypen	136
§ 15 Verbraucherschutzrecht	166
§ 16 Unentgeltliche Geschäfte	173
2. Abschnitt. Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag	193
§ 17 Übersicht über die Geschäftsführungsverhältnisse	193
§ 18 Einzelheiten der Geschäftsführung ohne Auftrag	201
3. Abschnitt. Dingliche Ansprüche	209
§ 19 Übersicht über die dinglichen Ansprüche	209
§ 20 Anwartschaften	218
§ 21 Fiduziarische Sicherungsrechte	235
§ 22 Der Erwerb vom Nichtberechtigten kraft Rechtsscheins	254
§ 23 Das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis und der Erbschaftsanspruch	275
4. Abschnitt. Ansprüche aus Delikt	293
§ 24 Probleme des Deliktsrechts	293
§ 25 Die Verkehrspflichten	316
5. Abschnitt. Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	331
§ 26 Übersicht zum Bereicherungsrecht	331
§ 27 Die Leistungskondiktion	335
§ 28 Die Eingriffskondiktion	358
6. Abschnitt. Einwendungen	371
§ 29 Übersicht	371
§ 30 Erfüllung und Erfüllungssurrogate	375
§ 31 Der Verlust von Einwendungen	380
7. Abschnitt. Sonderfragen	391
§ 32 Schadensersatzpflichten aus dem Verhalten Dritter	391
§ 33 Probleme des Schadensrechts	410
§ 34 Verwendungen auf fremde Sachen	440
§ 35 Der Rückgriff (Regress)	453
	IX

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Gesetzesregister	473
Sachregister	485
Entscheidungsregister	499
Besonders wichtige Entscheidungen	511

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 23. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (1968)	VII
Inhaltsübersicht	XI
Abkürzungen und abgekürzt zitierte Literatur	XXVII
Einleitung. Aufbaufragen	1
§ 1 Der Anspruchsaufbau	1
I. Die Anspruchsnorm als Ausgangspunkt	1
1. Ziel des Anspruchsaufbaus	1
2. Das Finden der Anspruchsnorm	1
3. Mehrheit von Anspruchszielen	2
4. Die Frage nach der Rechtslage	2
II. Die Reihenfolge der Prüfung von Anspruchsnormen	3
1. Ziel der Reihenfolge	3
2. Regeln für die Reihenfolge	3
a) Vertrag	3
b) Culpa in contrahendo	4
c) Geschäftsführung ohne Auftrag	4
d) Dingliche Ansprüche	5
e) Delikt und ungerechtfertigte Bereicherung	5
3. Mehrere Normen in einer Gruppe	5
4. Probleme beim Vertragstyp	6
5. Logischer Vorrang von Tatbestandsmerkmalen	6
III. Die Prüfung von Einwendungen	7
§ 2 Grenzen des Anspruchsaufbaus	8
I. Andere Fallfragen	8
1. Fragen nach der dinglichen Rechtslage	8
2. Rechtsgestaltung und -durchsetzung	9
II. Prozessuale Vorfragen	9
1. Zulässigkeit und Begründetheit	9
2. Die unzulässige Klage	10
3. Vorrangige materiellrechtliche Fragen	11
1. Abschnitt. Ansprüche aus Vertrag	13
§ 3 Verpflichtende und verfügende Verträge	13
I. Unterschiede zwischen Verpflichtung und Verfügung	13
1. Schuldrecht und Sachenrecht	13
2. Die materiellrechtliche Zuständigkeit	14
3. Die Bindung	16
II. Verpflichtung, Verfügung und causa	18
1. Der Ausgangspunkt	18
2. Korrekturen	18
a) Schuldverträge ohne klagbare Erfüllungsansprüche	18
b) Abstrakte Verpflichtungen	20
c) Bloße Zweckabreden	20
1. Kapitel. Das Zustandekommen von Schuldverträgen	21
§ 4 Der Vertragsschluss	21
I. Zugangsprobleme	21
1. Zugangserfordernisse	21
2. Erklärung unter Anwesenden	21
3. Nichtverkörperte Erklärungen	22
4. Zugang und Auslegung	22
5. Zugangsverzögerung	22
	XI

II. Das Schweigen nach bürgerlichem Recht	23
1. Das Schweigen als Ablehnung	23
2. Das Schweigen als Zustimmung	24
3. Sonderfälle	24
III. Das Schweigen im Handelsrecht	25
1. Schweigen mit Erklärungswirkung	25
2. Schweigen auf ein kaufmännisches Bestätigungsschreiben	26
IV. Allgemeine Geschäftsbedingungen	28
1. Problematik und Anwendungsbereich der §§ 305 ff.	28
2. Einführung in den Einzelvertrag	29
3. Inhaltskontrolle der AGB	29
4. Die beiderseitige Verwendung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	31
5. Inhaltskontrolle notarieller Verträge	32
§ 5 Die Stellvertretung	33
I. Abgrenzung der Stellvertretung	33
1. Botenschaft	33
2. Einzelheiten zur Falschübermittlung durch Boten	34
3. Handeln unter fremdem Namen	34
4. Handeln unter falscher Namensangabe	35
5. Die Organschaft	35
6. Die Partei kraft Amtes	36
II. Der Offenheitsgrundsatz	36
1. Die Regel	36
2. Abweichungen	37
a) § 1357 BGB	37
b) Geschäft für den, den es angeht	38
c) Dingliche Surrogation	39
III. Die Vertretungsmacht	39
1. Erteilung und Erlöschen der Vollmacht	40
2. Willensmängel bei der Bevollmächtigung	40
a) Die ausgeübte Innenvollmacht	40
b) Die kundgemachte Innenvollmacht	41
3. Vollmacht, Rechtsschein und Verschulden	42
a) Gleichsetzung von Duldungs- und Anscheinsvollmacht	42
b) Unterscheidung	42
c) Zusammenfassung	43
4. Handelsrechtlicher Vertrauensschutz	44
a) Scheinkaufmann	44
b) Negative Publizität des Handelsregisters	44
c) Ergänzendes Gewohnheitsrecht	45
d) Positive Publizität des Handelsregisters	45
e) Unterschiede zwischen Eintragung und Bekanntmachung	46
f) Die Vertretungsmacht von Ladenangestellten	47
g) Abgrenzung	47
5. § 181 BGB und Missbrauch der Vertretungsmacht	47
a) Insichgeschäfte	47
b) Missbrauch der Vertretungsmacht	48
c) Unbeschränkbare Vertretungsmacht	49
IV. Schadensersatz bei Vertretung ohne Vertretungsmacht	50
1. Ansprüche gegen den Vertreter	50
2. Ansprüche gegen den Vertretenen	51
3. Haftung bei der Untervollmacht	51
§ 6 Willensmängel	52
I. Abgrenzungsfragen zu §§ 119–122 BGB	52
1. Primat der Auslegung	52
2. Falsa demonstratio	52
3. Dissens	53
II. Nichtigkeit wegen Willensmängeln	53
1. Scheingeschäft und fiduziarisches Geschäft	53

2. Strohmanngeschäfte	54
3. Mindestanforderungen an die Willensgrundlage	55
a) Handlungswille	55
b) Erklärungswille	55
c) Geschäftswille?	56
III. Irrtumsfälle nach § 119 I BGB	56
1. Die gesetzliche Regelung	56
2. Weitere Fallgruppen	57
a) Rechtsfolgeirrtum	57
b) Kalkulationsirrtum	58
IV. Irrtumsfälle nach § 119 II BGB	59
1. Einzelheiten	59
2. Ausschluss von § 119 II BGB	61
V. Irrtumsfolgen	61
VI. Sonderregelungen des Irrtums	62
1. §§ 2078 ff., 2281 ff. BGB	62
2. § 1949 BGB	63
3. §§ 1954, 2308 BGB	63
VII. Probleme des § 123 BGB	63
1. »Dritter« bei § 123 BGB	64
2. Verhältnis von § 123 BGB und culpa in contrahendo	65
§ 7 Die Geschäftsgrundlage	67
I. Vorfragen	67
II. Abgrenzung der Geschäftsgrundlage	67
1. Vorrangige Sonderregeln	67
2. Vorrang der Auslegung	67
3. Perplexität	68
4. Abgrenzung zur Unmöglichkeit	68
a) Leistungerschwerung	68
b) Zweckstörung	69
c) Äquivalenzstörung	70
5. Motivirrtum	70
6. Kondiktion wegen Zweckverfehlung	71
III. Die Prüfung der Geschäftsgrundlage	71
1. Was ist Geschäftsgrundlage?	71
a) Elemente der Geschäftsgrundlage	71
b) Regelmäßig unbeachtliche Umstände	72
2. Wann fehlt die Geschäftsgrundlage oder ist sie weggefallen?	73
3. Rechtsfolgen aus Fehlen und Wegfall der Geschäftsgrundlage	73
§ 8 Fragen des Minderjährigenrechts	75
I. »Lediglich rechtlicher Vorteil«	75
1. Leistungen an den Minderjährigen	75
2. Annahme von Schenkungen	75
II. Die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters	77
1. Arten der Einwilligung	77
2. Geschäfte über das Surrogat	77
III. Außervertragliche Haftung	78
1. Bereicherungshaftung	78
2. Haftung für culpa in contrahendo	79
§ 9 Formfragen	80
I. Formbedürftigkeit	80
1. Zusammengesetzte Verträge	80
2. Form von Maklerverträgen über ein Grundstück	80
II. Mangel der durch Gesetz bestimmten Form (§ 125 S. 1 BGB)	80
1. Bewusste Nichtbeachtung der Form	81
2. Täuschung über die Formbedürftigkeit	81
3. Versehentliche Nichtbeachtung der Form	82
4. Formmangelhafte Verfügungen	83
5. Formbedürftigkeit bei der Vollmachtserteilung	83

III. Mangel der durch Rechtsgeschäft bestimmten Form (§ 125 S. 2 BGB)	84
1. Vorkommen von Formvereinbarungen	84
2. Unterschiede zum Mangel der gesetzlichen Form	84
3. Vorbehalt schriftlicher Bestätigung und Vertretungsmacht	85
§ 10 Vertragsansprüche ohne Vertrag	86
I. Erfüllungsansprüche	86
1. Sozialtypisches Verhalten	86
a) Bedenken	86
b) Andere Lösungsmöglichkeiten	87
c) Ausweitungen der Lehre vom sozialtypischen Verhalten	88
2. Ausgeführte Eingliederungsverhältnisse auf mangelhafter Vertragsgrundlage	88
a) Verdrängung der Unwirksamkeitsnorm	88
b) Einschränkungen	89
c) Zusammenfassung	90
II. Ansprüche auf Schadensersatz	90
1. Culpa in contrahendo	91
2. Haftung Dritter	92
a) Vertreter bei Vertragsverhandlungen	92
b) Erweiterungen	92
3. Schlechtleistung ohne Vertrag	93
4. Drittschutz aus unwirksamem Vertrag	94
5. Einheitliches gesetzliches Schuldverhältnis	94
2. Kapitel. Die Wirkung von Schuldverträgen	95
§ 11 Übersicht über die Pflichten aus Schuldverträgen	95
I. Primär- und Sekundärpflichten	95
II. Haupt- und Nebenleistungspflichten	96
III. Schutzpflichten (nichtleistungsbezogene Nebenpflichten)	96
1. Überblick und Einteilung	96
2. Haftungsmilderungen	97
3. Verjährung	98
IV. Primär- und Sekundärpflichten bei der OHG (§ 128 HGB)	99
1. Gleichheit von Gesellschafts- und Gesellschafterschuld	99
2. Gesellschafterhaftung nur auf Schadensersatz?	99
3. Vermittelnde Lösungen	99
4. Dingliche Ansprüche gegen den Besitzer	100
§ 12 Das Synallagma (Gegenseitiger Vertrag)	102
I. Anwendungsbereich des Synallagma	102
1. Gegenseitige Verträge	102
2. Die Gesellschaft	102
3. Verträge mit einem verfügenden Teil	103
II. Wirkungen des Synallagma	104
1. Genetisches Synallagma	104
2. Funktionelles Synallagma	104
a) Abhängigkeit bei der Durchsetzung	104
b) Einrede und Schuldnerverzug im Allgemeinen	105
c) Besonderheiten	105
d) Abhängigkeit beim Fortbestehen	106
3. Das Synallagma bei der Rückabwicklung	107
a) Rücktritt	107
b) Bereicherungsrecht (Saldotheorie)	107
c) Rücktrittsrechtliche Wertungen und Saldotheorie	109
d) Saldotheorie und Normzweck	111
e) Rücktrittsfolgenrecht und Bereicherungsrecht	112
§ 13 Allgemeines Leistungsstörungsrecht	115
I. Einteilung	115
1. Pflichtverletzung und Rechtsfolgen	115
2. Insbesondere der Schadensersatz	115
II. Grundzüge	116

1. Nichterbringung der Leistung	116
2. Leistungsverzögerung	119
3. Andere Pflichtverletzungen	121
III. Stückschuld, Gattungsschuld, Geldschuld	122
1. Geldschuld	122
a) Schuldnerverzug	122
b) Ausnahme: Entlastung bei Unvermögen	122
2. Gattungsschuld vor der Konkretisierung	123
a) Objektive Unmöglichkeit	123
b) Andere Leistungsstörungen	124
3. Konkretisierung der Gattungsschuld	124
a) Bring-, Schick- und Holschuld	125
b) Konkretisierung bei der Geldschuld	125
c) Konkretisierung beim Kauf	125
d) Konkretisierung und Annahmeverzug	126
e) Bindung an die Konkretisierung	126
4. Stückschuld	127
IV. Vertretenmüssen	127
1. Vertretenmüssen des Schuldners	127
a) Geldmangel	127
b) Übernahme des Beschaffungsrisikos bei der Gattungsschuld	128
c) Bezugspunkt des Vertretenmüssens	129
2. Die Verantwortung des Gläubigers	129
3. Vertretenmüssen von Schuldner und Gläubiger	130
V. Gefahrtragung	131
1. Arten der Gefahr	131
2. Bedeutung der Preisgefahr	131
3. Übergang der Preisgefahr	132
a) Annahmeverzug	132
b) Kaufrecht	132
c) Werkvertrag und Dienstvertrag	133
VI. Die Reihenfolge der Prüfung von Leistungsstörungen	134
§ 14 Einzelne Vertragstypen	136
I. Der Kauf	136
1. Rückbindung der Käuferrechte an das Allgemeine Schuldrecht	136
2. Gleichstellung von Sach- und Rechtsmängelhaftung	138
3. Die Definition des Sachmangels	138
4. Der Nacherfüllungsanspruch des Käufers	142
5. Rücktritt und Minderung	146
6. Schadensersatzansprüche des Käufers	148
7. Arglist des Verkäufers	150
8. Die Verjährung	153
9. Verjährung und Ersatzansprüche aus anderem Rechtsgrund	154
10. Ansprüche des Verkäufers	155
a) Sonderregeln	155
b) Freiwilliger Besitzverlust des Käufers	155
c) Vollstreckung des Verkäufers in die Kaufsache	156
11. Der Verbrauchsgüterkauf	156
12. Der Handelskauf	160
II. Andere Schuldverhältnisse	161
1. Werkvertrag	161
2. Reisevertrag	163
3. Dienstvertrag	163
4. Miete	163
5. Leasing	165
§ 15 Verbraucherschutzrecht	166
I. Ausgangspunkt	166
II. Regelungsorte	166
1. Entwicklung	166

2. Überblick	166
III. Einzelprobleme	168
1. Überrumpelung	168
2. Fernabsatz	169
3. Die Stellung des Verbrauchers nach dem Widerruf	170
4. Widerruf und Vollstreckungsgegenklage	172
§ 16 Unentgeltliche Geschäfte	173
I. Abgrenzung Rechtsgeschäft – Gefälligkeitsverhältnis	173
1. Die Fragestellung	173
a) Rechtsbindungswille	174
b) Gefälligkeitsverhältnis mit rechtsgeschäftlichem Charakter	174
2. Teilfragen	174
a) Haftungsmaßstab	175
b) Ausführungsanspruch	175
c) Haftung bei Ausführung	175
3. Der Lottofall	176
4. Der Pillenfall	176
II. Abgrenzung bei der Schenkung	177
1. Die Vermögenszuwendung bei der Schenkung	177
2. »Schenkungen« und Gegenleistung	177
a) Gegenseitiger Vertrag	177
b) Schenkung unter Auflage	178
c) Bedingte Schenkung	178
d) Zweckschenkung	178
e) Unerhebliche Zweckangabe	178
f) Belohnende Schenkung	179
3. Die gemischte Schenkung	179
III. Die Schwächen des unentgeltlichen Erwerbs	180
1. Unentgeltliche Verfügung eines Nichtberechtigten	180
2. Unentgeltliche Verfügung eines berechtigten Bereicherungsschuldners	181
3. Unentgeltlich erlangter Besitz	181
4. Böbliche Schenkungen des gebundenen Erblassers oder des Ehegatten	182
5. Schenkungen mit Nachteil für einen Pflichtteilsberechtigten	182
6. Dinglich unwirksame Schenkung	182
IV. Rechtsgrundlos = unentgeltlich?	183
1. Das Problem	183
2. Die Gleichstellung bei § 816 I 2 BGB	183
V. Die Schenkung von Todes wegen	184
1. Funktion des § 2301 BGB	184
2. Schenkungen durch Vertrag mit einem Dritten	185
a) Vorrang des Erbrechts?	185
b) Verdrängung des Erbrechts durch § 331 BGB?	186
c) Lösungsvorschlag	186
d) Neuere Rechtsprechung	187
3. Auftrag und Vollmacht über den Tod hinaus	188
4. Die Lebensversicherung	189
5. Nachfolge in eine Personengesellschaft	190
a) Fortsetzung oder Auflösung der Gesellschaft	190
b) Nachfolgeklauseln	190
2. Abschnitt. Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag	193
§ 17 Übersicht über die Geschäftsführungsverhältnisse	193
I. Arten der Geschäftsführung	193
1. Spezialregelungen	193
2. Geschäftsführung ohne Auftrag	193
3. »Unechte« Geschäftsführung ohne Auftrag	194
II. Geschäftsführung für einen anderen	194
1. Die Zuordnung von Geschäften	194
2. Bedeutung der Zuordnung	194
3. Zuordnungsprobleme	195

a) Die Rechtsprechung	195
b) Bedenken	196
c) Zurückhaltendere Entscheidungen	197
4. Besondere Fallgruppen	198
a) Erfüllung eines Vertrages mit einem Dritten	198
b) Leistungen eines Gesamtschuldners	198
III. Die unechte Geschäftsführung ohne Auftrag	199
1. Irrtümliche Annahme eines eigenen Geschäfts	199
2. Geschäftsanmaßung	199
a) Ansprüche des Geschäftsherrn	199
b) Gegenansprüche des Geschäftsführers	200
§ 18 Einzelheiten der Geschäftsführung ohne Auftrag	201
I. Berechtigte und unberechtigte Geschäftsführung	201
1. Die GoA als Anspruchsgrundlage	201
2. Unterscheidungskriterien	201
a) Interesse und Wille	201
b) Wirklicher und mutmaßlicher Wille	202
c) Der falsch eingeschätzte Wille	202
d) Zusammenfassung	203
II. Rechtsfolgen der Geschäftsführung ohne Auftrag	204
1. Berechtigte GoA	204
a) Ansprüche des Geschäftsherrn	204
b) Ansprüche des Geschäftsführers	205
2. Unberechtigte GoA	206
a) Ansprüche des Geschäftsherrn	206
b) Ansprüche des Geschäftsführers	207
III. Schema für die §§ 17 und 18	208
3. Abschnitt. Dingliche Ansprüche	209
§ 19 Übersicht über die dinglichen Ansprüche	209
I. Begriff	209
II. Einteilung der dinglichen Ansprüche	209
1. Ansprüche auf Herausgabe	210
2. Ansprüche auf Beseitigung und Unterlassung	210
3. Ansprüche auf Befriedigung aus einem Gegenstand	212
4. Weitere dingliche Ansprüche	212
III. Eigenarten der dinglichen Ansprüche	212
1. Fehlen der selbstständigen Abtretbarkeit	212
2. Die Anwendbarkeit weiterer Schuldrechtsnormen	214
a) Hauptnormen des Unmöglichkeitrechts	214
b) Andere Unmöglichkeitsvorschriften	215
c) Schuldnerverzug	215
IV. Die eigene Störungsregelung für dingliche Ansprüche	216
1. Das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis bei § 985 BGB	216
2. Weitere gesetzliche Regeln	216
3. Entsprechende Anwendung der §§ 987 ff. BGB bei §§ 894, 1004 BGB	216
V. Zusammenfassung zu III und IV	217
§ 20 Anwartschaften	218
I. Typische Anwartschaften	218
1. Bedingter Erwerb	219
2. Grundstückserwerb vor Eintragung	219
3. Hypothekenerwerb vor Valutierung	219
II. Der Schutz der Anwartschaften	220
1. Der bedingte Rechtserwerb	220
a) Unwirksamkeit von Zwischenverfügungen	220
b) Recht zum Besitz des Erwerbers	221
c) Vereitelung des Bedingungseintritts	221
d) Erweiterungen des gesetzlichen Schutzes	221
e) Schutz gegen Gläubiger des Verkäufers	222
2. Der Auflassungsempfänger vor Eintragung	223

a) Schutz gegen Widerruf	223
b) Schutz gegen Verfügungsbeschränkungen	223
c) Schutz gegen Zwischenverfügungen	223
d) Schutz gegen Übereilung?	225
3. Der Hypothekar vor Valutierung	225
a) Buchhypothek	225
b) Briefhypothek	226
III. Übertragung und Erwerb der Anwartschaft	226
1. Bei bedingtem Rechtserwerb	226
a) Erwerb vom Berechtigten	226
b) Redlicher Erwerb vom Nichtberechtigten	227
2. Anwartschaften im Immobiliarsachenrecht	228
a) Auflassungsempfänger	228
b) Hypothekar vor Valutierung	229
IV. Die Abhängigkeit der Anwartschaften von ihrem schuldrechtlichen Bestandteil	229
1. Bei bedingtem Rechtserwerb	229
a) Insolvenz des Verkäufers	230
b) Insolvenz des Käufers	230
2. Bei Anwartschaften im Immobiliarsachenrecht	231
V. Einzelfragen zur Anwartschaft bei bedingtem Rechtserwerb	231
1. Die Anwartschaft im Haftungsverband	231
2. Die Pfändung der Anwartschaft an beweglichen Sachen	233
VI. Anwartschaft und Anwartschaftsrecht	234
§ 21 Fiduziarische Sicherungsrechte	235
I. Arten der Treuhand und Gründe der Sicherungstreuhand	235
1. Arten der Treuhand	235
a) Verwaltungstreuhand	235
b) Sicherungstreuhand	235
2. Sicherungstreuhand und zwingendes Sachenrecht	237
II. Komplikationen bei der fiduziarischen Sicherung	238
1. Unwirksamkeit des Sicherungsvertrages	238
2. Ausbleiben der Valutierung	238
3. Zusammenfassung	239
III. Die Erfüllung der zu sichernden Forderung	240
1. Sicherungsübereignung und Sicherungszession	240
2. Sicherungsgrundschuld	240
IV. Wirkungen des Sicherungszwecks gegenüber Dritterwerbfern des Sicherungsguts	241
1. Regel: keine Drittwirkung	241
2. Drittwirkung in Ausnahmefällen	241
a) Eigentumsvorbehalt	241
b) Sicherungsübereignung	242
c) Sicherungszession	242
d) Sicherungsgrundschuld	243
e) Insbesondere die Trennung der Sicherungsgrundschuld von der Forderung	244
3. Exkurs: Veräußerung des mit einer Sicherungsgrundschuld belasteten Grundstücks	245
V. Die fiduziarische Sicherung in Zwangsvollstreckung oder Insolvenz	245
1. Eigentumsvorbehalt	245
2. Andere Sicherungsrechte	245
VI. Die Verarbeitungsklausel bei Eigentumsvorbehalt und Sicherungsübereignung	246
1. Fremdwirksame Verarbeitung	246
2. Andere Ansichten	247
3. Lösungsvorschlag	248
4. Zum Wertverhältnis bei § 950 BGB	248
VII. Das Bestimmtheitserfordernis bei Sicherungsübereignung und Sicherungszession	249

VIII. Das Zusammentreffen von verlängertem Eigentumsvorbehalt und Sicherungszession	251
1. Der Vorrang des Eigentumsvorbehalts	251
2. Gegenargumente	252
3. Zahlung auf das Verkäuferkonto beim Globalzessionar	253
4. Entreichung des Globalzessionars	253
§ 22 Der Erwerb vom Nichtberechtigten kraft Rechtsscheins	254
I. Möglichkeiten des rechtsgeschäftlichen Erwerbs	254
1. Übersicht	254
a) Veräußerer mit Verfügungsbefugnis	254
b) Veräußerer ohne Verfügungsbefugnis	257
2. Sonderfälle: Wirksamkeit wegen der Nichtberechtigung?	259
a) Minderjährigkeit des Veräußerers	259
b) § 1369 BGB	259
c) Lösungsvorschlag	259
II. Allgemeines zum redlichen Erwerb	260
1. Die Vermutung aus dem Rechtsscheinträger	260
2. Vermutungen bei der Behandlung von Fällen	261
3. Allgemeine Voraussetzungen des redlichen Erwerbs	261
a) Rechtsgeschäftlicher Erwerb	261
b) Verkehrsgeschäft	262
III. Einzelfragen zum Grundbuch	263
1. Widerspruch für einen Nichtberechtigten	263
2. Der Widerspruch bei Veräußerungsketten	263
3. Vormerkung und Widerspruch beim redlichen Erwerb	264
4. Vormerkung und Erbgang	265
5. Spätere Entstehung des vorgemerkten Anspruchs	265
6. Redlicher Vormerkungserwerb durch den Zessionar	266
IV. Einzelfragen zum Besitz	267
1. Der Nebenbesitz	267
a) Der Ausgangspunkt der Lehre	267
b) Der Fall von BGHZ 50, 45	268
c) Nebenbesitz beim Anwartschaftsrecht?	269
2. Der Geheißerwerb	269
a) Die Übergabe durch einen Dritten auf Geheiß des Veräußerers	269
b) Die Übergabe an einen Dritten auf Geheiß des Erwerbers	270
3. Veräußerung unter Zustimmung des dritten Besitzers	271
4. Guter Glaube an die Verfügungsmacht	271
V. Der Erbschein	272
1. Das Prinzip	272
2. Fallgruppen	272
a) Mobiliarsachenrecht	272
b) Immobiliarsachenrecht	273
c) Forderungserwerb	273
d) Leistung auf eine Nachlassforderung	274
§ 23 Das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis und der Erbschaftsanspruch	275
I. Zweck der Sonderregelungen	275
II. Übersicht zum Eigentümer-Besitzer-Verhältnis	277
1. Unverklagter redlicher Besitzer	277
2. Verklagter oder unredlicher Besitzer	277
III. Die Redlichkeit beim Besitzerwerb durch Gehilfen	278
IV. Verhältnis §§ 985 ff. BGB – Vertrag	279
1. Berechtigter und nicht so berechtigter Besitzer	279
2. Nicht berechtigter Besitzer	279
a) Haftungsmilderung	279
b) Haftungsverschärfung nach § 991 II BGB	279
c) Anderer Fremdbesitzerexzess	280
3. Der nicht mehr berechnigte Besitzer	280
a) Anwendung der §§ 994 ff. BGB	280

b) Gutgläubig erworbenes Unternehmerpfandrecht	281
c) Beschränkung auf vertragliche Rückgabeanprüche	281
d) Bedenken	281
e) Lösungsvorschlag	283
V. Verhältnis §§ 987 ff. BGB – Delikt	284
VI. Verhältnis §§ 987 ff. BGB – Bereicherungsrecht	284
1. Sachsubstanz und Übermaßfrüchte	284
a) Sachverbrauch	284
b) Sachveräußerung	284
2. Reguläre Nutzungen	286
a) Bereicherungsansprüche bei nichtiger Veräußerung	286
b) Die Nutzungshaftung Minderjähriger	287
3. Exkurs: Der Eigentumserwerb an Sachfrüchten	288
VII. Besonderheiten beim Erbschaftsanspruch	288
1. Dingliche Surrogation	288
a) Erwerb mit Mitteln der Erbschaft	289
b) Mitverwendung von Eigenmitteln	289
c) Sachfrüchte	290
d) Exkurs: Übersicht zur erbrechtlichen Surrogation	290
2. Andere Einzelheiten des Erbschaftsanspruchs	291
a) Schadensersatz	291
b) Nutzungen	291
c) Verwendungen	291
d) Zahlung von Nachlassschulden aus Eigenmitteln	292
4. Abschnitt. Ansprüche aus Delikt	293
§ 24 Probleme des Deliktsrechts	293
I. Haftung aus Unrecht und Gefährdung	293
II. Haftung aus verschuldetem Unrecht	293
1. Handlungs- oder Erfolgsunrecht?	294
2. Sonstige Rechte bei § 823 I BGB	294
a) Besitz	294
b) Forderungen	296
c) Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	297
d) Allgemeines Persönlichkeitsrecht	300
e) Ehe	301
f) Vereinsmitgliedschaft	304
3. Schutzgesetzverletzungen	304
a) Schutzgesetze	304
b) Der Schutzbereich des Gesetzes	305
4. Vorsätzliche sittenwidrige Schädigung	306
a) Vorsatz und Schaden	306
b) Vorsatz und Sittenwidrigkeit	306
c) Eingriff in fremde Schuldverhältnisse	306
d) Verhältnis von § 826 BGB zu § 138 BGB	307
e) Verweigerung der Aufnahme in einen Verein	308
III. Die Ergänzung der Ansprüche auf Schadensersatz durch Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche	308
1. Unterlassungsansprüche	308
2. Beseitigungsansprüche	309
3. Beeinträchtigung durch verkehrsrichtiges Verhalten?	310
IV. Gefährdungshaftung	310
1. Der Haftende	310
2. Probleme der Halterhaftung	311
a) Der Betriebsbegriff	311
b) Höhere Gewalt	311
c) Einschränkung nach dem Schutzzweck?	312
d) Haftungsausschluss gegenüber Nutznießern	312
3. Generalklausel für die Gefährdungshaftung?	313
4. Konkurrenzfragen	313

5. Zivilrechtliche Aufopferungsansprüche nach § 904 BGB	314
V. Beeinflussung durch Vertragsrecht	314
1. Das Problem	314
2. Lösungsvorschlag	315
§ 25 Die Verkehrspflichten	316
I. Die Funktion der Verkehrspflichten	316
1. Die systematische Stellung	316
2. Begründungsfunktionen der Verkehrspflichten	317
3. Lösungsvorschlag	318
II. Begründung und Umfang von Verkehrspflichten	318
1. Verkehrseröffnung	318
2. Einwirkung auf einen bestehenden Verkehr	319
3. Sicherungspflichten außerhalb eines Verkehrs	319
4. Verschärfungen und Erweiterungen der verschuldensabhängigen Produzentenhaftung	321
a) Verantwortlichkeit leitender Angestellter	321
b) Haftung für Schäden an der Kaufsache selbst	321
c) Haftung für Wirkungslosigkeit	322
d) Der Kupolofenfall	322
e) Der Hondafall	323
f) Der Mehrwegflaschenfall	323
g) Der Milupafall	323
h) Das Hochzeitsessen	324
i) Der Kondensatorfall	324
j) Der Schlackenfall	325
5. Weitere Haftungsgrundlagen	325
6. Anwendung der Sicherungspflichten	325
7. Die Herausforderungsfälle	326
III. Zusammenfassung	328
IV. Einzelheiten zur Verkehrspflicht	328
1. Haftung bei Einschaltung von Gehilfen	328
2. Haftung des eingeschalteten Gehilfen	329
3. Abgrenzung zum Verschulden	330
5. Abschnitt. Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	331
§ 26 Übersicht zum Bereicherungsrecht	331
I. Funktionen der §§ 812 ff. BGB	331
1. Bereicherungs- und Rücktrittsrecht	331
a) Der konstruktive Unterschied	331
b) Unterschiede im Haftungsmaßstab	331
2. Bereicherungsfälle ohne Ähnlichkeit zum Rücktrittsrecht	332
II. Wandlungen in der Lehre von der ungerechtfertigten Bereicherung	332
1. Die alte Einheitslehre	332
2. Die neuere Trennungslehre	333
3. Kritik und Abwägung	333
§ 27 Die Leistungskondiktion	335
I. Leistungsbegriff und Wertungsfragen	335
1. Das Abstellen auf den Leistungsbegriff	335
2. Der Rückgriff auf Wertungen	335
II. Einzelne Dreipersonenverhältnisse	336
1. Die Leistungskette	336
a) Nichtigkeit eines Kausalverhältnisses	336
b) Doppelmangel	336
2. Die »Durchlieferung«	336
a) Der Lösungsansatz	337
b) Die Kumulation von Risiken	337
3. Anweisungsverhältnisse	338
a) Die Bedeutungen von »Anweisung«	338
b) Lösung der Normalfälle	338
c) Insbesondere die fehlerhafte Anweisung	338

d) Die Anwendung auf RGZ 60, 24	341
e) Die angenommene Anweisung	341
4. Versprechen der Leistung an Dritte	343
5. Leistung auf fremde Schuld	343
6. Zession	345
7. Die Brauchbarkeit des Leistungsbegriffs	345
8. Irrtum über den Leistenden	346
a) Der Wille des Leistenden	347
b) Die Sicht des Zuwendungsempfängers	347
c) Lösungsvorschlag	347
III. Gründe für die Leistungskondition	348
1. <i>Condictio indebiti</i>	348
2. <i>Condictio ob causam finitam</i>	349
3. Exkurs: Andere Ausgleichsansprüche bei gemeinsamer Lebensführung	349
a) Fälle mit Zugewinnausgleich	350
b) Fälle ohne Zugewinnausgleich	351
c) Zuwendungen durch Dritte	352
4. <i>Condictio ob rem</i>	352
a) Leistung ohne Verpflichtung	352
b) Leistung zu einem Erfolg jenseits der Erfüllung	352
c) Insbesondere die enttäuschte Vergütungserwartung	353
d) Übertreibungen	353
5. <i>Condictio ob turpem vel iniustam causam</i>	353
6. <i>Condictio sine causa</i>	357
§ 28 Die Eingriffskondition	358
I. Begriff	358
II. Eingriffsobjekt und Eingriff	358
1. Kriterien	358
2. Die sachlichen Unterschiede	358
3. Lösungsvorschlag	360
III. Die Parteien der Eingriffskondition	361
1. Der Gläubiger	361
2. Der Schuldner	361
a) Die unberechtigte Verfügung	361
b) Unberechtigte Nutzungsüberlassung	361
c) Unberechtigter Sachverbrauch	362
IV. Der Inhalt der Eingriffskondition	363
1. Die allgemeine Eingriffskondition	363
2. Der Spezialfall § 816 I 1 BGB	363
a) Der Verfügungserlös	364
b) Der Wert	364
c) Kritik und Lösungsvorschlag	364
d) Sachverbesserungen	365
e) Abzug des gezahlten Preises?	365
3. Zusammenfassung	366
V. Leistung und Eingriff	367
1. Vorrang nur für das durch Leistung Erlangte	367
2. Die Fälle des § 816 I BGB	367
3. Verallgemeinerung auf weitere Fallgruppen?	368
4. Den Erwerberschutz ausschließende Wertungen	368
5. Insbesondere Fehler bei der Zwangsvollstreckung	369
6. Abschnitt. Einwendungen	371
§ 29 Übersicht	371
I. Einwendung und Einrede	371
1. Die Einrede im Prozessrecht	371
2. Die Terminologie im materiellen Recht	371
3. Die Wirkungsdauer materiellrechtlicher Einreden	371
II. Funktion einer Einteilung der Einwendungen	372
III. Einteilung von den Ansprüchen her	372

1. Einwendungen gegen alle Ansprüche	372
2. Einwendungen gegen fast alle Ansprüche	373
3. Einwendungen gegen Vertragsansprüche	373
4. Einwendungen gegen handelsrechtliche Ansprüche	374
5. Einwendungen gegen Schadensersatzansprüche	374
6. Einwendungen gegen einzelne Ansprüche	374
§ 30 Erfüllung und Erfüllungssurrogate	375
I. Erfüllung	375
1. Der Leistende	375
2. Der Leistungsempfänger	375
3. Das Bewirken der Leistung	376
4. Die richtige Leistung	376
II. Erfüllungssurrogate	377
1. Die Inzahlunggabe gebrauchter Sachen	377
2. Unbare Zahlung	378
3. Teilklagen und Aufrechnung	379
§ 31 Der Verlust von Einwendungen	380
I. Übertragung von Wertpapieren	380
1. Schuldrecht und Sachenrecht	380
2. Die beiden Wertpapierarten	380
3. Sonderregeln für den Verlust von Einwendungen	381
II. Übertragung pfandrechtsgesicherter Forderungen	382
1. Akzessorische Pfandrechte	382
2. Die Sicherungsgrundschuld	383
III. Feststellungsverträge	383
1. Rechtliche Bindung	384
2. Folgen der Bindung	384
3. Schriftformerfordernis?	385
4. Exkurs: Sachenrechtliche Feststellungsverträge	385
IV. Fremdfinanzierte Abzahlungsgeschäfte und Leasing	386
1. Abzahlungskauf und Ähnliches	386
2. Leasing	389
7. Abschnitt. Sonderfragen	391
§ 32 Schadensersatzpflichten aus dem Verhalten Dritter	391
I. Handlungs- und Gefährdungshaftung	391
II. Tatbestandsgruppen	391
1. Haftung für alle zum Ersatz verpflichtenden Handlungen	391
2. Haftung in einer Sonderverbindung	392
3. Haftung außerhalb einer Sonderverbindung	393
a) Haftung für Repräsentanten	393
b) Haftung für Verrichtungsgehilfen	393
c) Rechtspolitisches	394
d) Ähnliche Haftungsfälle	394
4. Insbesondere Amts- und Staatshaftung	395
a) Die derzeitige Gesetzeslage	395
b) Die Amtshaftung	395
c) Die Eigenhaftung des Beamten	396
d) Die Notarhaftung	397
e) Die Subsidiarität der Staatshaftung	397
5. Mehrheit von Deliktsteilnehmern	398
III. Einzelfragen der Organhaftung	400
1. Handelsgesellschaften	400
2. Andere Personenvereinigungen	400
a) BGB-Gesellschaft	400
b) Nichtrechtsfähiger Verein	402
3. Organhaftung bei Überschreitung der Vertretungsmacht?	402
IV. Einzelfragen zu § 278 BGB	403
1. Sonderverbindung	403
a) Dingliche Ansprüche	403

b) Nachbarliches Gemeinschaftsverhältnis	403
c) Andere Fallgruppen	404
2. Einschaltung durch den Schuldner	404
3. Grenzen des § 278 BGB	405
a) Die Reichweite der Garantie des Schuldners	405
b) Der Umfang der Verpflichtung des Schuldners	406
c) Insbesondere das Herstellerverschulden beim Kauf	407
4. Der gesetzliche Vertreter	407
V. Einzelfragen zu § 831 BGB	408
1. Die Weisungsgebundenheit	408
2. Die Exkulpation	409
3. Aufsichts- und Organisationspflichten	409
§ 33 Probleme des Schadensrechts	410
I. Aufbaufragen	410
II. Schadensbegriff und Ersatzarten	410
1. Die beiden Möglichkeiten der Schadensberechnung	410
2. Integritäts- und Wertinteresse	411
3. Prognosefehler bei § 251 II BGB	412
III. Vermögens- und Nichtvermögensschaden	412
1. Naturalrestitution	413
2. Kommerzialisierung	413
a) Die Fragestellung	413
b) Der Seereisefall	414
c) Entschädigung für Nutzungsentgang	414
d) Freizeit und Urlaub	418
3. Erweiterung des § 253 II BGB	419
4. Verdrängung des § 253 I BGB durch das Grundgesetz	419
5. Entgangene Gegenleistung für eine Benutzungserlaubnis	419
IV. Die Tendenzen zum Ersatz von Drittschaden	420
1. Drittschaden und mittelbarer Schaden	420
2. Sonderregelungen	421
3. Haftungsinteresse	422
4. Schadensliquidation im Drittinteresse	423
5. Verträge mit Schutzwirkung für Dritte	423
6. Abgrenzungsfragen	424
7. Einzelheiten	425
a) Drittschadensliquidation	425
b) Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	425
8. Ansprüche Dritter bei Nichterfüllung?	427
V. Die Wirkung von Reserveursachen (»hypothetische Kausalität«)	428
1. Der Ausgangspunkt	428
2. Der Streitstand	429
3. Berufung auf rechtmäßiges Alternativverhalten	430
VI. Vorteilsausgleichung	431
1. Adäquanz?	431
2. Fallgruppen	431
a) Mangel an Kausalität zwischen Vor- und Nachteil	431
b) Vom Geschädigten »erkaufte« Vorteile	431
c) Freiwillige Zuwendungen Dritter	432
d) Eigene überpflichtmäßige Anstrengungen des Geschädigten	432
3. Der ausgleichsbegründende Zusammenhang	433
4. Vorteilsausgleichung und normativer Schaden	434
VII. Vorhaltekosten	434
1. Berücksichtigung von Vorhaltekosten	434
2. Bedenken	435
VIII. Mitwirkendes Verschulden des Geschädigten	435
1. Verantwortlichkeit des Geschädigten für Dritte	435
a) Kind und Eltern	435
b) Andere Wege zur Entlastung des Schädigers	436

c) Abwägung	437
d) Aufsichtspflichten	437
e) Konkurrenz von Vertrags- und Deliktsansprüchen	437
2. Insbesondere die Bewahrungshelfen	438
3. Unnötige Mietwagenkosten	438
§ 34 Verwendungen auf fremde Sachen	440
I. Terminologie	440
1. Aufwendungen	440
2. Verwendungen	440
II. Arten der Verwendungen	441
III. Übersicht über die Rechtsfolgen aus Verwendungen	442
1. Inhalt des Verwendungsersatzes	443
2. Wegnahmerecht	443
IV. Grundlagen für Ansprüche auf Verwendungsersatz	444
1. Vertrag	444
2. Überbau	444
3. Verarbeitung	445
4. Geschäftsführung ohne Auftrag	445
5. Eigentümer-Besitzer-Verhältnis und Erbschaftsanspruch	445
6. Bereicherungsrecht	445
V. Insbesondere die Kondiktion von Verwendungen	446
1. Arten der Bereicherungsansprüche	446
a) Leistungskondiktion	446
b) Verwendungskondiktion aus § 951 BGB	447
c) Verwendungskondiktion außerhalb von § 951 BGB	449
2. Das Problem der aufgedrängten Bereicherung	449
3. Begrenzung der Verwendungskondiktion	450
4. Abgrenzung der Aufwendungskondiktion	451
VI. Einzelfragen zum Wegnahmerecht	451
1. Gründe und Durchführung der Wegnahme	451
2. Wegnahmerechte und § 951 I 2 BGB	451
3. Wegnahmerecht des Nichtbesitzers?	452
§ 35 Der Rückgriff (Regress)	453
I. Übersicht	453
1. Rückgriffstechniken	453
a) Legalzession (cessio legis)	453
b) Pflicht zur rechtsgeschäftlichen Abtretung	453
c) Übergang nach Anzeige	453
d) Besondere Rückgriffsansprüche	454
e) Kombinationsregresse	454
f) Allgemeine Rückgriffskondiktion	454
2. Rückgriffsgründe	455
a) Besondere Rückgriffsgründe	455
b) Allgemeine Rückgriffskondiktion	456
II. Einzelfragen zu § 426 BGB	456
1. Zweifel um den Anwendungsbereich von § 426 BGB	456
2. Lösungsvorschlag	457
3. Der Rückgriff nach Entgeltfortzahlung	458
4. Gleichheit des Schuldinhalts?	459
5. Ansprüche auf Veräußerungserlös und Schadensersatz	460
6. Regressbehinderung durch Haftungsbeschränkung	461
a) Lösung zu Lasten des privilegiert haftenden Schädigers	461
b) Andere Lösungsmöglichkeiten	462
c) Lösungsvorschlag	463
d) Ähnliche Problemlagen	464
III. Sonderfragen beim Rückgriff des Bürgen	466
1. Bürgschaft und Pfandrecht	466
2. Bürgschaft und Gesamtschuld	467
IV. Der Rückgriff nach Geschäftsführungs- und Bereicherungsrecht	468